

Deutschland: Pädophilie-Debatte bei den Grünen

"Wir schämen uns für dieses Versagen"

Von [Peter Maxwill](#)

Womöglich Hunderte Jungen wurden in den Achtzigerjahren Opfer von Pädophilen, die bei den Berliner Grünen organisiert waren. Für die Bundespartei kommen die Ergebnisse einer neuen Studie äußerst ungelegen.

Der Freizeitladen "Falckenstein-Keller" im Berliner Stadtteil [Kreuzberg](#) war unscheinbar. Doch hier trafen sich in den Achtzigerjahren viele Pädophile der Metropole, unter ihnen: Mitglieder der "Alternativen Liste" - so nannte sich der Berliner Landesverband der Grünen in seinen ersten Jahren.

Der "Falckenstein-Keller" war einer der Orte, in denen Mitglieder der Grünen in den ersten Jahren der Partei Kinder missbrauchten. Diese Vergangenheit holt die Partei jetzt ein: Eine von den Berliner Grünen eingesetzte Kommission beschreibt in einem Bericht, wie die Täter in der Berliner Pädophilenszene vernetzt waren - [und dass womöglich Hunderte Jungen zu ihren Opfern wurden](#).

Schon die [Studie des Göttinger Politologen Franz Walter](#) über den Einfluss von Pädophilen in der Gründungsphase der Grünen hatte die Partei in den vergangenen Jahren [erschüttert](#). Der jetzt veröffentlichte Bericht, für den auch Historiker in Archiven forschten, schockiert wegen neuer Details und erschütternder Interviews mit Zeitzeugen.

Im Zentrum der Studie stehen zwei Parteimitglieder: Fred Karst und Dieter Ullmann sollen seit den frühen Achtzigern etliche Kinder missbraucht haben - vor allem aus "sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen". Der mehrfach wegen Kindesmissbrauchs verurteilte Karst, der regelmäßig im "Falckenstein-Keller" zu Gast war, gründete auch die Grünen-AG "Jung und Alt".

"Diese Blindheit macht mich fassungslos"

Diese Arbeitsgemeinschaft war ein Treffpunkt für Pädophile, die dort unter anderem "Butterfahrten" für Jungen anboten - und sich an ihnen vergingen. Die Gruppe gehörte zum "Schwulenbereich" des Landesverbands und war daher eine offizielle Gliederung der Partei. "Wir schämen uns für das institutionelle Versagen unserer Partei", sagte Landeschefin Bettina Jarasch. "Diese Blindheit für den Machtmissbrauch macht mich bis heute fassungslos und wütend."

Dass es so weit kommen konnte, liegt offenbar an einer Besonderheit der Berliner Grünen. Ein sogenanntes "Minderheiten-Dogma" sicherte der AG "Jung und Alt" weitreichende Autonomie und eine Sonderregel: Meinungen, die nicht mehrheitsfähig waren, durften jahrelang dennoch im Namen der Partei verbreitet werden - auch die Auffassung, [sexuelle Beziehungen zu Kindern](#) seien legitim.

Die Bundespartei reagierte jetzt betont gelassen auf die 90-seitige Studie. Natürlich halte man an der Aufarbeitung der eigenen Geschichte fest, ließ die Bundesspitze [in einer Mitteilung](#) am Mittwoch wissen: "Wir wollen, dass die Taten aufgeklärt werden und dass das Leid der Betroffenen Anerkennung findet." Die Partei trage aber "grundsätzlich keine Verantwortung für Straftaten einzelner Parteimitglieder".

So sehen es auch die Berliner Grünen. Landeschefin Jarasch lehnte Vorwürfe gegen einzelne Parteifunktionäre ab: Das wäre "billig". "Es war ein Gesamtversagen", sagte sie weiter, die Grünen hätten "institutionell versagt".

"Anerkennungsgeld" für Opfer

Als Oppositionspartei befinden sich die Grünen gerade im Stimmungshoch, weil die [BND-Spionageaffäre](#) ihnen endlich Angriffschancen auf die Regierung bietet. Die Pädophilie-Studie kommt daher zur Unzeit, so wie schon bei den [ersten Enthüllungen vor der Bundestagswahl im Herbst 2013](#).

Unklar bleibt wohl, wie viele Kinder in Berlin tatsächlich betroffen waren. Das Kommissionsmitglied Thomas Birk hatte im März von etwa zehn Tätern und rund tausend Opfern gesprochen, diese Schätzungen nun aber relativiert: Er habe Fallzahlen innerhalb der Berliner Pädophilen-Netzwerke hochgerechnet, an denen auch Grünen-Mitglieder beteiligt gewesen seien. Nicht alle Fälle ließen sich jedoch eindeutig den Grünen zuordnen. Die Studie nennt allein für Karst und Ullmann "eine hohe Dunkelziffer von Opfern", die Frage nach der Anzahl beteiligter [Grünen](#)-Mitglieder lässt sie völlig offen.

So bleiben viele Fragen zum [Pädophilie-Kapitel bei den Grünen](#), das in Berlin erst 1995 endete: Damals hätten die letzten "pädosexuellen Propagandisten" die Partei verlassen, so Landeschefin Jarasch. Der inzwischen gestorbene Karst kam mit seinem Austritt einem Ausschlussverfahren zuvor, die AG "Jung und Alt" löste sich auf, auch Ullmann ist mittlerweile tot.

Den missbrauchten Jungen wollen die Grünen nach eigenen Angaben nun helfen. Bislang habe sich erst ein Opfer pädophiler Übergriffe von Parteimitgliedern gemeldet, die Grünen hoffen auf weitere Rückmeldungen [über eine Anlaufstelle](#). Die inzwischen erwachsenen Männer sollen Jarasch zufolge zumindest ein "Anerkennungsgeld" erhalten - auf einen Betrag wollte sie sich nicht festlegen.

***Zusammengefasst:** Die Grünen in Berlin haben in den Achtziger- und Neunzigerjahren sexuellen Missbrauch von Kindern toleriert. Eine aktuelle Studie kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem eine "Arbeitsgemeinschaft Jung und Alt" pädophilen Parteimitglieder Zugang zu Jungen verschaffte. Der Landesverband will Opfern nun ein "Anerkennungsgeld" auszahlen.*

- <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-bericht-enthuellt-paedophilie-im-berliner-der-achtziger-a-1034709.html>

Bericht deckt sexuellen Missbrauch bei Berliner Grünen auf

Bei der Vorläuferorganisation der Berliner Grünen kam es laut einer neuen Parteistudie häufig zu sexuellem Missbrauch an Kindern. Zeitungsberichten zufolge waren verurteilte Pädophile Mitglieder in dem Landesverband.

In der Vorläuferorganisation des Berliner Landesverbands von [Bündnis 90/Die Grünen](#) hat es massiven sexuellen [Missbrauch an Kindern](#) gegeben. Das ist laut "Tagesspiegel" und "Welt" das Ergebnis eines Berichts, den die Landeschefs Bettina Jarasch und Daniel Wesener am Vormittag vorstellen wollen. Untersucht wurden pädophile Aktivitäten von Parteimitgliedern und Funktionären der Alternativen Liste in den Achtziger- und Neunzigerjahren.

Dem "[Tagesspiegel](#)" zufolge nennt ein Mitglied der Untersuchungskommission die Zahl von "bis zu tausend Opfern" sexueller Gewalt. Im 2014 vorgelegten [Bericht des Göttinger Politologen Franz Walter](#), der für die Bundespartei die Missbrauchsvorwürfe untersuchte, waren die Vorgänge in Berlin nicht enthalten.

Laut "Tagesspiegel" beleuchtet die Untersuchung ein Missbrauchsnetzwerk innerhalb der damaligen Alternativen Liste. Mindestens drei mehrfach einschlägig verurteilte Täter sollen demnach in dem Berliner Verband aktiv gewesen sein. Sie sollen die Arbeitsgemeinschaft "Jung & Alt" innerhalb der Partei gegründet und in Kreuzberg einen Freizeitladen namens Falckenstein-Keller eingerichtet haben. Dort sollen sie Zeugen zufolge zahlreiche Jungen missbraucht haben, die sie vorher in Grundschulen angesprochen hatten.

Die Untersuchungskommission bestand laut "[Welt](#)" aus Mitgliedern der Grünen und externen Fachleuten. In den vergangenen Monaten habe sie eigene und fremde Archivbestände gesichtet, Gespräche mit Zeitzeugen geführt und Recherche-Aufträge an zwei Historiker vergeben.

Bundespartei dementiert Zahl von bis zu tausend Opfern

Thomas Birk, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und einer der Autoren des Berichts der Untersuchungskommission, bestätigte dem "Tagesspiegel" die hohe Zahl von Opfern. "Es ist schwer auszuhalten", sagte er der Zeitung zufolge, "aber es gab Täter in den Reihen der Grünen."

Die Partei dementierte jedoch am Montag umgehend die Zahl von bis zu tausend Opfern. Es handele sich nicht um eine Zahl aus dem Kommissionsbericht, sondern um eine spekulative Aussage über mögliche Opfer im Umfeld der Grünen.

Birk hatte der Zeitung gegenüber ausgeführt, die Täter seien sowohl in die Partei hinein als auch zu gesellschaftlichen Gruppen gut vernetzt gewesen. "Wir hatten damit bis Mitte der Neunzigerjahre zu tun. Die Schwulen-AG unserer Partei war bis 1993 mehr oder minder ein Pädö-Bereich", sagte Birk.

ler/dpa

- <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophile-bei-gruenen-in-berlin-in-80er-und-90er-jahren-a-1034615.html>

F.A.Z., Donnerstag den 21.05.2015 Politik 4

Im Gespräch: Frauke Homann, einstige Sozialarbeiterin in Berlin-Kreuzberg, über Kindesmissbrauch und das Netzwerk der Pädophilen, über Vertuschung und die Fehler der Grünen

„Die Grünen müssen den Tätern ein Gesicht geben“

Frau Homann, die Grünen kämpfen nun seit zwei Jahren mit dem Vorwurf, dass sie sexuellen Missbrauch verharmlost und gefördert haben. Wie beurteilen Sie die Aufklärung der Partei?

Ich habe den Eindruck, der Berliner Landesverband der Grünen nimmt seine Verantwortung ernst. Ich hatte mich 2013 an die Partei gewandt, dann hat es gedauert, ehe ich Antwort erhielt, aber schließlich hörten mich die Grünen an. Ich hatte Informationen über das pädokriminelle Netzwerk in Berlin-Kreuzberg.

Woher hatten Sie Ihre Erkenntnisse?

Ich habe lange als Sozialarbeiterin in Kreuzberg gearbeitet. Bereits 1984 und 1985 gab es dort zwei große Missbrauchsfälle, die öffentlich wurden. Als ich dann 1986 an eine Schule wechselte, stieß ich auf einen Missbrauchsfall, in dem hauptsächlich Grundschüler – alles Jungen – über einen längeren Zeitraum Opfer sexueller Gewalt wurden. Da wurde mir klar, das ist ein organisiertes Netzwerk.

Was hatte das Netzwerk mit den Grünen zu tun?

Dass sich das ideologische Zentrum bei der damaligen Alternativen Liste befand, also dem Berliner Landesverband der Grünen, wollte ich erst nicht glauben. Ich war fassungslos, immerhin war das meine politische Heimat. Wichtige pädosexuelle Aktivisten und Täter waren Mitglied der Grünen.

Wie haben Sie das herausgefunden?

Ausgangspunkt war 1986 eine siebte Klasse, die ich als Sozialarbeiterin betreute. Diese Klasse war extrem auffällig, die Jungen waren übersexualisiert. Sie begrüßten sich mit Sprüchen wie: „Aids – wie geht’s?“ Sie waren extrem unruhig und lösten mehrfach Feuersalarm aus. Ihre Sprache war voller sexueller Begriffe und Beschimpfungen. Ich hatte sofort einen Verdacht, traute mich das aber gegenüber den Lehrkräften nicht gleich zu äußern.

Warum nicht?

Ich wollte nicht als übergeschnappte Neue gelten. Dann bat eine Mutter um ein Beratungsgespräch, da ihr Sohn als Zeuge zu Gericht müsse. Es ging um sexuellen Missbrauch.

Was hat Sie damals so erschreckt?

Der Prozess war öffentlich, mit vielen Zuschauern. Da trat eine Unterstützergruppe auf – und zwar nicht für die Opfer, sondern für die Angeklagten. Es waren Männer, die T-Shirts mit dem Aufdruck „AG Pädophilie“ trugen. Ich war baff. Neben mir saß ein Mann, der sich höflich als ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht vorstellte und sich ebenfalls zu der pädosexuellen AG bekannte. So viel Dreistigkeit hatte ich nicht erwartet. Auf dem Gang vor dem Gerichtssaal saßen die minderjährigen Zeugen zeitweise mitten unter den Pädophilie-Aktivisten. Die betroffenen Jungen wirkten eingeschüchtert – ein absurdes Schauspiel.

Wer war der Angeklagte?

Er war einschlägig vorbestraft und hatte mit anderen Pädokriminellen in Kreuzberg einen Nachbarschaftsladen in der Falckensteinstraße eröffnet, in dem nur Jungen aus der Grundschule willkommen waren. Sie wurden von Männern betreut, die mit ihnen auch verreisten und ihnen immer wieder Geschenke machten. Die Gegenleistung war ihr Körper, die Jungen wurden missbraucht. Die Pädosexuellen sahen den Falckenstein-Keller quasi als ihren Sexclub an. Erst als ein Mädchen, das nicht mit in den Keller durfte, vor Wut „Kinderpuff“ an die Tür schrieb, flog es auf.

Wussten die Eltern, dass es sich um einen organisierten Ring handelte?

Ich glaube nicht, dass sie das durchschaut haben. Während des Prozesses konnte man sehen, wie manipulativ sich die pädosexuellen Aktivisten verhielten. Einzelne der Männer hatten Kontakt zu den Eltern, gaben sich da aber als verständnisvolle Gesprächspartner. Alleinstehende Mütter wurden wohl auch mit Geld unterstützt. Die Männer luden die Jungen zu sich nach Hause ein, damit sie dort vermeintlich in Ruhe Hausaufgaben machen konnten. Sie durften bei ihnen duschen und übernachten. Die große Schar an Kindern aus Problemfamilien war für diesen Pädosexuellen leichte Beute. Der Angeklagte warnte Eltern sogar vor den bösen Männern vom Bahnhof Zoo, die die Jungen auf den Kinderstrich schicken würden. Er gab sich als Wohltäter und Beschützer aus.

Wieso kann man die Verantwortung dafür den Grünen zurechnen?

Der Angeklagte aus dem Prozess und ein weiterer Beschuldigter damals waren das ideologische Zentrum der AG Pädophilie. Und sie waren beide Mitglieder der Alternativen Liste. Innerhalb des Schwulenbereichs der Partei gründeten sie eine eigenständige AG. Wie man heute weiß, hieß sie parteiintern „Jung und Alt“. Politisch ging es denen vorrangig um die Abschaffung der Strafrechtsparagrafen 174 und 176, die sexuellen Missbrauch ahnden. Privat ging es aber ganz anders zur Sache. Da setzten die Erwachsenen ihre sexuellen Vorlieben durch, notfalls mit Alkohol.

Wer war der Mann auf der Anklagebank?

In dem am Mittwoch vorgelegten Aufklärungsbericht der Berliner Grünen wird er namentlich erwähnt. Er ist mehrfach wegen sexuellen Kindesmissbrauchs verurteilt worden. Der Mann manipulierte fast alle Jungen der Klasse, die ich 1986 übernommen hatte. Er bereitete sie regelrecht auf den Missbrauch vor, indem er ihren Weg aus der Grundschule heraus bis in die Sekundarschule begleitete. Und er spielte eine zentrale Rolle im Schwulenbereich der Berliner Grünen.

Der Berliner Grünen-Abgeordnete Thomas Birk hat von bis zu 1000 Opfern gesprochen, die es im Umfeld der AL in Berlin gegeben habe. Ist diese Zahl nicht übertrieben?

Ich halte sie für realistisch. Wir reden hier von einem Zeitraum von 15 Jahren. Ein Angeklagter sagte zum Beispiel in seinem Prozess auf die Frage, wie viele Jungen durch seine Hände gegangen seien: „140 werden es wohl gewesen sein.“ Ein Schulleiter berichtete mir, dass die Polizei ihm einmal kinderpornographische Fotos von 200 Kindern zeigte – er erkannte viele als seine Schüler. Meines Erachtens ist „bis zu tausend Opfer“ keine wirklichkeitsfremde Größe.

In der Partei wurden also 1000 Kinder missbraucht?

So kann man das sicher nicht sagen. Es gab innerhalb der Partei ein aktives Zentrum und einen Dunstkreis darum herum. Nicht jeder war Parteimitglied. Aber die „Pädos“, wie die AL sie damals verharmlosend nannte, waren sehr aktiv und gut vernetzt. Sie nutzten die Kreuzberger Infrastruktur. Es gab viele soziale und pädagogische Sonderprojekte für benachteiligte Kinder, in die sie einsickerten. Dort wurde nicht gefragt, ob man vorbestraft ist. Das Muster war immer das gleiche: Opfer wurden oft Jungen aus sozial schwachen Familien. Die Tatorte waren öffentliche und kirchliche Betreuungseinrichtungen sowie Freizeitgruppen, besonders im Sport, und die Täter waren gut organisiert. Auf höherer Ebene herrschte eine allgemeine Blindheit, manchmal wurde sogar von oben gegen uns Aufklärerinnen interveniert.

Warum hat sich denn niemand gewehrt?

Oh doch, es gab Gegenwehr, und zwar von unten. 1987 gründete sich im Kreuzberger Stadtteil „SO36“ ein Kiezbündnis gegen Missbrauch. Es waren Mitarbeiterinnen aus den Betreuungseinrichtungen, besonders aus den Kinderläden. Die hatten die Nase voll und suchten die Öffentlichkeit. Vor einem Schwimmbad, in dem oft Anbahnungsversuche pädosexueller Männer stattfanden, verteilten sie Infomaterialien. Auf Initiative einiger Sozialarbeiterinnen wurde ein Kinderschutzteam im Bezirksamt eingerichtet.

Aber offenbar war das nicht genug.

Die Täterseite war gut vernetzt. Nachdem die „Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität“ (AHS) der Humanistischen Union gegründet worden war, trat die „AG Pädophilie“ ihr bei – und unterwanderte sie. Von hier aus propagierten sie die Idee von einem angeblich einvernehmlichen gewaltfreien „Sex mit Kindern“. Es war bestimmt kein Zufall, dass die AHS ihren Sitz in Kreuzberg hatte und dass die Meldeadresse der zureisenden Pädosexuellen im Kiez immer dieselbe war. In Kreuzberg waren die sexuellen Übergriffe und Missbräuche außerhalb der Familie ungewöhnlich hoch. Sie müssen sich vorstellen, dass in den achtziger und neunziger Jahren praktisch jede Art von Kindereinrichtung in Kreuzberg von pädosexuellen Aktivisten und Tätern bedroht war: Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen. Die Täter konnten sich gegenseitig Tipps geben, wo es wachsame Leute gab – und wo nicht. Im Graefe-Kiez betrieben sie damals eine stadtbekannt Tauschbörse für Knaben.

Warum das alles in Kreuzberg?

Die Hausbesetzer prägten einst den Begriff A&P-Bezirk, benannt nach dem Lebensmittel-Discounter Attraktiv und Preiswert. In Kreuzberg stand A für Alternative, Autonome, Arbeitslose und Ausländer, P bedeutete Pädagogen, Planer, Polizei und Pädophile. Es gab im Bezirk Anfang der achtziger Jahre eine Aufbruchstimmung, Lust zur Veränderung und Selbstverwirklichung. Kreuzberg war eine große Familie, die davon träumte, die Welt zu verbessern. Alles war möglich – warum nicht auch „Sex mit Kindern“, wie man es in Parteikreisen nannte? Es gab nur eine rote Linie, und die hieß: Keine Zusammenarbeit mit den Bullen! Das sorgte für absurde Situationen.

Was meinen Sie damit?

Bewohner aus besetzten Häusern oder aus Wagenburgen wollten sehr wohl das pädosexuelle Problem vom Hals kriegen – aber bitte ohne Bullen. Sie waren in ihrer kleinen Welt erpressbar geworden durch Stromklau und Drogenmissbrauch. Deswegen trauten sich manche nur heimlich zu Gesprächen mit dem Kinderschutzteam.

Gab es aus der Grünen-Partei heraus Widerstand gegen die Pädosexuellen?

Ja, der Kreuzberger Frauengruppe der Alternativen Liste blieb das nicht verborgen. Sie unterstützte das Kiezbündnis. Die Resonanz der Partei auf den Protest der Frauen ging gegen null. Stattdessen kamen viele wütende Leserbriefe von den grünen Pädaktivisten. Aus der Arbeit der AL-Frauen heraus hat sich später immerhin das Präventionsprojekt „Strohalm“ gegründet.

War der Konflikt mit dem Aufschrei der Frauen beigelegt?

Es dauerte noch längere Zeit, bis die Pädosexuellen die Partei verließen. Damit war aber das Problem im Bezirk nicht erledigt. Es gab sehr aggressive Aktivitäten einer Nachfolgegruppe. Die kam aus der Tradition der Stadtindianer, die eine Zeitlang auf grünen Parteitagen Stimmung

gemacht hatten. Die gründeten in Kreuzberg ein „Kindersorgentelefon“, sie nannten es intern „Kinderbedürfnistelefon“.

Was soll das heißen?

Es handelte sich um junge Männer und Frauen, die zusammen in einer WG lebten und eine abstruse Werbung für Kinderrechte machten: Abhauen von zu Hause, Schule schwänzen, Sex auch mit Erwachsenen, wenn sie es wollen. Sie verteilten Infoblätter und Aufkleber.

Sie kennen viele der Täter und pädosexuellen Aktivisten mit Namen. Wieso nennen Sie die nicht?

Ich finde, das ist die Aufgabe der Grünen. Ich kann ihnen das nicht abnehmen. Sie haben dieser Gruppe und ihren kinderverachtenden Ideen in der Partei Raum gegeben. Es ist gut, dass sie sich heute dafür entschuldigen. Aber das reicht nicht. Sie sind es den Opfern schuldig, den Tätern ein Gesicht und Namen zu geben.

Die Fragen stellte Christian Füller.